



# Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 13.10.2015

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Ebling, Michael

### **- Mitglieder**

Bub, Kerstin

Egler, Nora

Gotthardt-Brauer, Nicole

Hingst, Waltraud

Jaensch, Ruth Vertretung für Ute Wellstein

Littig, Sabine

Odenweller, Anette Vertretung für Dr. Christian Moerchel

Pohl, Christine Dr. Vertretung für Myriam Lauzi

Schäfer, Herbert

Zimmer, Christine

### **- Vertretung von Verbänden und Institutionen**

Ellrich, Christine

Hamann, Ursula

Heering, Heidemarie

Hilgefert, Gisela Dr.

Jochmann, Eva

Schäfer, Ursula

### **- Verwaltung**

Neher, Christine

Trojanowski, Martina

Weickart, Eva

### **Entschuldigt fehlen**

### **- Vertretung von Verbänden und Institutionen**

Ahrens, Helga

Hufen, Gabriele

Hungershausen, Regine entschuldigt

Merkt, Sabrina

Oepen, Helga

Schenke, Heidi entschuldigt

Strohe, Inge

Wilwerding, Monika

## Tagesordnung

### a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 7
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 30.6.2015

### b) öffentlich

3. Neustart des Projektes »Perspektive Wiedereinstieg - Potenziale erschließen«
4. Sachstand Gleichstellungsaktionsplan
5. Information zum Ersten Paritätsbericht der Landesregierung
6. Information zur Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG)
7. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 3**            **Neustart des Projektes »Perspektive Wiedereinstieg - Potenziale erschließen«**

**Hier: Bericht Uta Galle-Hahn, Projektleiterin CJD**

Der Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder über den Neustart des Bundes-Projekts „Perspektive Wiedereinstieg“, ein Qualifizierungsangebot für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer. In Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen wird das Projekt vom Christlichen Jugenddorfwerk CJD umgesetzt. Der Oberbürgermeister begrüßt die Projektkoordinatorin des CJD, Frau Uta Galle-Hahn, die im Anschluss die Leitlinien von „Perspektive Wiedereinstieg“ mittels einer Powerpoint-Präsentation vorstellt.

Frau Galle-Hahn erläutert die Konzeption des Projekts, die auf zwei Säulen aufbaut. Zum einen zielt das Programm auf die Unterstützung von Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern sowie Minijobberinnen für einen Einstieg bzw. Wechsel in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Zum anderen werden Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterbreitet, um diese bei der Anwerbung von Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern sowie bei der Ausrichtung von Angeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Der CJD hat ein Konzept mit vielfältigen Qualifizierungskomponenten entstellt, die variabel für die individuelle Situation der Ratsuchenden einsetzbar sind. Das Projekt wird neben anderen Institutionen vom Büro für Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung sowie vom Frauenbüro unterstützt.

Zu Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder führt Frau Galle-Hahn aus, dass in der letzten Förderphase 99 % der Ratsuchenden, die am Projekt im Landkreis Mainz-Bingen teilgenommen hatten, weiblich waren, die Vermittlungsquote lag bei rund 70 %.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Frau Galle-Hahn und leitet zu TOP 4 über.

### **Punkt 4**            **Sachstand Gleichstellungsaktionsplan**

**Hier: mündlicher Bericht**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an die Leiterin des Frauenbüros, Frau Weickart, die über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen zum 2. Gleichstellungsaktionsplan informiert. Frau Weickart berichtet, dass nach der Beschlussfassung des Ausschusses am 30. Juni 2015 alle Ämter und Dezernate über die sechs Handlungsfelder des neuen Gleichstellungsaktionsplans schriftlich informiert und um die Benennung relevanter Maßnahmen aus dem unmittelbaren Amtsbereich gebeten wurden. Mit verschiedenen Ämtern und Abteilungen wurden zu-

dem Gespräche geführt und bereits Vereinbarungen getroffen. Aufgrund der späten Beschlussfassung kurz vor der Sommerpause und der dadurch entstandenen Verzögerung der Maßnahmenplanung kann die Verwaltung zurzeit noch keinen Entwurf vorlegen. Die Maßnahmen-sammlung wird voraussichtlich im Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Damit bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses im Februar 2016 kein allzu großes Informationsdefizit hinsichtlich der Ausarbeitung des neuen Plans entsteht, schlägt die Verwaltung vor, wieder eine Arbeitsgruppe des Frauenausschusses, bestehend aus den frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen, zu bilden. Frau Weickart führt dazu aus, diese AG Gleichstellungsaktionsplan könnte – ähnlich wie die einmal 2002 ins Leben gerufene AG Gender Mainstreaming – zwischen den Sitzungen des Ausschusses den frauenpolitischen Transfer zwischen Politik und Verwaltung sicherstellen. Zudem könnten die Fraktionen selbst über die AG die eigene Ratsarbeit betreffende Maßnahmen formulieren und einbringen.

Die Ausschussmitglieder äußern sich zustimmend zu dieser Anregung und stimmen Frau Weickarts Vorschlag zu, wonach das Frauenbüro in Kürze ein erstes Treffen der frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen zur Formierung der AG organisieren soll.

**Punkt 5**                    **Information zum Ersten Paritätsbericht der Landesregierung**  
**Hier: Bericht Frauenbüro**  
**Vorlage: 1669/2015**

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden zum kürzlich erschienenen Ersten Paritätsbericht fasst Frau Weickart Kernaussagen des Berichts zusammen.

Bei den rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen 2014 wurden gegenüber der letzten Wahl 2009 lediglich 1,9 % mehr Frauen gewählt. Im Landesdurchschnitt liegt der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten immer noch unter 20% (21,3 % bei den Verhältniswahlen sowie 14,4 % bei den Kommunen, bei denen nach Mehrheitswahlrecht gewählt wurde). Dabei zeigten sich große Unterschiede hinsichtlich der Größenordnung der Kommunen, wobei in kreisfreien Städten der Frauenanteil regelmäßig höher lag als bei kleineren Kommunen und insbesondere bei Ortsgemeinden.

Generell ist zu beobachten, dass landesweit nahezu alle Frauen, die zur Aufstellung angetreten waren, auch durch die jeweiligen Wahlvorschlagsträger aufgestellt wurden (27,2 %). Der Anteil der gewählten Bewerberinnen lag dann allerdings nur bei 21,3 %. Den höchsten Anteil an Mandatsträgerinnen unter den politischen Parteien konnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verzeichnen. Landesweit zeigte sich das Phänomen, dass männliche Mandatsträger stärker von den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens profitieren, als dies bei ihren Mitbewerberinnen der Fall war, wobei in Mainz entgegen dieses Trends einige Mandatsträgerinnen stärker profitierten als ihre männlichen Mitbewerber.

Resultierend aus den Erkenntnissen des Paritätsberichts strebt die Landesregierung an, die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalen Vertretungskörperschaften weiter zu erforschen.

Der Ausschuss nimmt den Ersten Paritätsbericht der Landesregierung zur Kenntnis.

**Punkt 6**            **Information zur Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG)**  
**Hier: Bericht Frauenbüro**  
**Vorlage: 1670/2015**

Im Anschluss informiert der Oberbürgermeister über den im September 2015 eingebrachten Entwurf zum „Landesgesetz zur Reform gleichstellungspolitischer Vorschriften“. Die Gesetzesnovelle soll das 1995 in Kraft getretene rheinland-pfälzische Landesgleichstellungsgesetz (LGG) ablösen. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein und das Gesetz 2016 in Kraft treten können.

Das Frauenbüro hat eine Synopse zum neuen Landesgesetz mit den Änderungen gegenüber dem geltenden LGG erstellt, die dem Ausschuss zusammen mit einem Auszug aus dem Gesetzentwurf mit der Vorlage zu diesem TOP zur Kenntnis gegeben wurde.

Aus dem Ausschuss werden keine weiteren Fragen oder Anmerkungen zur Gesetzesnovelle vorgebracht.

Der Ausschuss nimmt die Sachstandmitteilung zur Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) zur Kenntnis.

**Punkt 7**            **Mitteilungen**

Zum Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ macht der Oberbürgermeister auf zwei Termine aufmerksam, die in dem Zeitraum bis zur nächsten Ausschusssitzung anstehen:

- a) Der Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern beteiligt sich mit einer Veranstaltung zum Thema ‚Akutversorgung bei Vergewaltigung‘ an den Aktionen zum diesjährigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Die Veranstaltung findet am 18. November 2015, 17 Uhr, in der Universitätsmedizin Mainz statt.
- b) Mit einer Feier am 13. Januar 2016 begeht der AK Gewalt sein 25-jähriges Bestehen im Ratssaal des Mainzer Rathauses. Die Ausschussmitglieder sind hierzu herzlich eingeladen. Eine schriftliche Einladung folgt.

Auf Fragen und Vorschläge einiger Mitglieder dazu, in welcher Form sich der Ausschuss mit dem Thema der Flüchtlingsproblematik und dabei insbesondere mit der Situation von Frauen und Kindern befassen kann, schlägt der Vorsitzende vor, den Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) dazu einzuladen, in einer der nächsten Sitzungen über deren neu eingeführtes Wohnprojekt für Flüchtlingsfrauen zu berichten. Da dieser Vorschlag die Zustimmung der Ausschussmitglieder findet, wird sich das Frauenbüro mit dem SkF zur weiteren Abstimmung in Verbindung setzen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 16. Februar 2016 statt.

Ende der Sitzung: 17:35 Uhr

gez. Michael Ebling

gez. Christine Neher

.....  
Vorsitz

.....  
Schriftführung